FAQ zur Bevölkerungsvorausberechnung 2030

Übersicht

1. Methodik allgemein 1
2. Basisdaten 10
3. Interpretation der Ergebnisse 13

1. Methodik allgemein

Woher weiß man, wie viele Menschen zuziehen bzw. fortziehen werden?

- Über den Zu- und Fortzug von Menschen in eine bzw. aus einer Kommune oder ein größeres Gebiet werden im Rahmen der Bevölkerungsvorausberechnung Annahmen getroffen. Die Annahmen beziehen sich auf die zukünftige Entwicklung der Zu- und Fortzüge und werden auf Grundlage der tatsächlichen Wanderungsbewegungen der letzten vier Jahre für die Zuzüge und fünf Jahre für die Fortzüge getroffen. Da sich wegen der Einführung der Steuer-ID in den Jahren 2008 und 2009 statistisch eine Erhöhung der Anzahl der Fortzüge ergeben hat, wurde als Basis für die Fortzüge ein Jahr mehr als sonst üblich verwendet. Die Zahl der Zu- und Fortzüge der letzten Jahre ist der amtlichen Wanderungsstatistik zu entnehmen. Es werden somit die Wanderungstrends aus der jüngeren Vergangenheit in die Zukunft fortgeschrieben, und zwar mit 220 Fortzugsquoten für jedes Gebiet, differenziert nach Geschlecht und Alter. Somit spielt nicht nur die Zahl der Zu- und Fortzüge innerhalb eines Kalenderjahres eine Rolle, sondern auch das Geschlecht und die Alterszusammensetzung der Menschen, die den Wohnsitz gewechselt haben.

Woher weiß man, wie viele Menschen geboren bzw. sterben werden?

- Für die Zahl der Geburten ist zum einen relevant, wie viele Personen in den „Elternjahrgängen“ mit den höchsten Geburtenwahrscheinlichkeiten (23- bis 36-Jährige) in einer Kommune wohnhaft sind. Die Zahl der Personen in den Elternjahrgängen lässt sich unmittelbar aus der amtlichen Bevölkerungsstatistik nachvollziehen. Dort liegen Angaben zum Bevölkerungsstand differenziert nach dem Alter vor. Zum anderen wird die Geburtenzahl vom sogenannten generativen Verhalten (Geburtenverhalten) bestimmt. Als maßgebliche Größe für das generative Verhalten wird in der amtlichen Bevölkerungsstatistik die Gruppe der 15- bis 45-Jährigen (es sind auch andere Altersabgrenzungen z.B. von 15 bis 49 Jahren oder von 13 bis 49 Jahren gebräuchlich) Frauen be-

trachtet. Aus den amtlichen Statistiken kann nicht nur entnommen werden, wie viele Geburten in einem Kalenderjahr stattgefunden haben, sondern auch das Alter der Mütter. Daraus lassen sich sogenannte altersspezifische Fertilitätsraten berechnen. Diese „altersspezifischen Fertilitätsraten“ geben die Wahrscheinlichkeit an, dass eine Frau in einem bestimmten Alter ein Kind zur Welt bringt. Kombiniert mit der Anzahl der Einwohnerinnen lässt sich daraus errechnen, wie viele Geburten zu erwarten sind. Diese Maßzahl lässt sich für jede Kommune und beliebige Kalenderjahre berechnen.

- Die Sterbefälle sind nicht wie die Geburten auf einen bestimmten Altersabschnitt begrenzt; sie können in allen Altersjahren stattfinden. Die Wahrscheinlichkeit zu sterben, ist allerdings über die Altersjahre nicht identisch, sie variiert erheblich mit dem Alter der Menschen. In der Statistik werden diese Unterschiede durch Bildung geschlechts- und altersspezifischer Sterbewahrscheinlichkeiten abgebildet. Bei Bezug dieser altersspezifischen Wahrscheinlichkeiten auf die in einem Gebiet lebende Bevölkerung (differenziert nach Alter und Geschlecht) erhält man die zu erwartende Zahl der Sterbefälle. Dabei wird – wie im Trend der letzten Jahre – eine stetige Zunahme der Lebenserwartung berücksichtigt, die sich in einer Abnahme der Sterbewahrscheinlichkeiten ausdrückt.

- Die absolute Zahl der Geburten und Sterbefälle wird in den Bevölkerungsvorausberechnungen nicht als Annahme vorgegeben, sie ist eine resultierende Größe aus den einzelnen Wahrscheinlichkeiten und der vorhandenen Bevölkerung.

Was bedeutet „Lebenserwartung“?

- Die durchschnittliche Lebenserwartung gibt an, wie viele Lebensjahre eine neugeborene Person bei ihrer Geburt durchschnittlich erwarten kann, wenn sich die aktuellen Bedingungen nicht verändern. Die Lebenserwartung wird für Frauen und Männer getrennt ausgewiesen, da die Sterblichkeit (und somit auch die Lebenserwartung) deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede aufweist. So beträgt die Lebenserwartung in Deutschland im Jahr 2009 für Frauen 82,40 Jahre und für Männer 77,23 Jahre. „Durchschnittlich“ bezieht sich auf die gesamte Bevölkerung des jeweiligen Geschlechts und umfasst somit Personen aller Altersjahre.

Wie hängen Lebenserwartung und Sterbetafel zusammen?

- Die Lebenserwartung wird anhand der sogenannten Sterbetafel ermittelt. In einer Sterbetafel werden die aktuellen „Sterbeverhältnisse“ einer bestimmten Region (z.B. in Deutschland) innerhalb eines bestimmten Zeitabschnitts (in der Regel der Durchschnitt von drei Kalenderjahren; im Falle dieser Berechnungen der Durchschnitt von vier Kalenderjahren) abgebildet. Die Sterbetafel umfasst eine Ausgangsbevölkerung von jeweils 100.000 neugeborenen Frauen und Männern. Anhand der innerhalb der einzelnen Altersjahre verstorbenen Frauen und Männer werden die von den „Überlebenden“ durchlebten und insgesamt noch zu durchlebenden Jahre berechnet. Die Lebenserwartung wird auf Grundlage der durchlebten und noch zu durchlebenden Jahre bestimmt.

Welche Annahmen wurden für die Geburtenzahlen getroffen?

- Annahmen zur Geburtenhäufigkeit wurden in der vorliegenden Bevölkerungsvorausberechnung über die sogenannte zusammengefasste Geburtenziffer (Total Fertility Rate bzw. TFR) getroffen (siehe auch: Wodurch unterscheiden sich die verschiedenen Geburtenraten?). Die TFR stellt die Zusammenfassung der altersspezifischen Geburtenraten (Age Specific Fertility Rate bzw. ASFR) dar, also eine Momentaufnahme des „Geburtenverhaltens" in einem Kalenderjahr. Diese Maßzahl wird häufig auch als Zahl der geborenen Kinder pro Frau bezeichnet, was sie aber nicht beschreibt. Die TFR würde nur dann die Anzahl der Kinder pro Frau wiedergeben, wenn die Geburtenhäufigkeit für eine Frau für jedes ihrer Lebensjahre genau so wäre wie für das jeweilige Lebensjahr in dem „Beobachtungsjahr" festgestellt. In Deutschland ist jedoch seit vielen Jahren eine Verschiebung der Geburten in höhere Lebensjahre der Mütter zu beobachten. Die TFR verbleibt seit einigen Jahren für Deutschland insgesamt auf einem fast gleich bleibenden Niveau. In den Vorausberechnungen wurde daher von einer Konstanz dieser Maßzahl für alle Regionaleinheiten ausgegangen. Das entspricht einem Wert von 1,36 für Deutschland insgesamt (Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2009).

- Die zu erwartenden künftigen Erhöhungen beim durchschnittlichen Geburtsalter der Mutter werden durch Veränderungen der altersspezifischen Geburtenraten (Age Specific Fertility Rate bzw. ASFR) abgebildet (nicht getrennt nach Ost, West und Stadtstaaten). In den Vorausberechnungen des Wegweisers Kommune wurde bisher eine Konstanz des Geburtsalters angenommen.

Woher stammt die Annahme, wie die Lebenserwartung pro Kalenderjahr steigt?

- Diese Annahme orientiert sich an der Zunahme der Lebenserwartung in der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (nachfolgend 12. KBV genannt); deren Ergebnisse wurden im November 2009 veröffentlicht. Das Statistische Bundesamt trifft für die Entwicklung der Lebenserwartung zwei Annahmen, die beide einen weiteren Zuwachs der Lebenserwartung beschreiben. Die Basisannahme L1 geht von einem moderaten Anstieg, die Annahme L2 von einem hohen Anstieg der Lebenserwartung aus.

- Die Entwicklung der Lebenserwartung bei der „Basisannahme" (L1) der 12. KBV wurde für die Berechnung im Wegweiser Kommune verwendet:

	Zunahme der Lebenserwartung Männer (pro Jahr)	Zunahme der Lebenserwartung Frauen (pro Jahr)
2005/2007	0,22	0,14
2007/2009	0,15	0,16
2010	0,17	0,15
2015	0,17	0,15
2020	0,16	0,14
2025	0,16	0,13

- Die Geburtenhäufigkeit lässt sich durch verschiedene Kennzahlen darstellen, die jeweils in unterschiedlichen Forschungskontexten ihre Berechtigung haben. Die geläufigste ist die Total Fertility Rate (TFR), die die Summe der altersspezifischen Geburten eines Jahres der Frauen im gebärfähigen Alter (in den Vorausberechnungen des Wegweisers ist dies die Altersgruppe der 13- bis 49-jährigen Frauen, wobei die Unterschiede zwischen den gängigen Altersabgrenzungen marginal sind) darstellt. Sie ist eine normierte Größe, die – bei einer Altersabgrenzung von 13 bis 49 Jahren – 37 gleich große Frauenjahrgänge unterstellt. Dieses Maß wird sehr häufig für die Geburtenhäufigkeit verwendet und ist leicht und aktuell zu ermitteln, weil man nur die Daten eines einzigen Kalenderjahres benötigt. Die TFR ist somit eine Momentaufnahme und daher sehr empfindlich gegen Verschiebungen im Geburtsalter der Frauen: Bei der seit Längerem zu beobachtenden Erhöhung des durchschnittlichen Geburtsalters der Frauen um mehr als einen Monat pro Jahr liegt die TFR um ca. 0,15 unter der tatsächlichen Zahl der Geburten pro Frau im Laufe ihres Lebens!

- Die General Fertility Rate (GFR) dagegen bezieht alle Geburten eines Jahres auf alle Frauen im gebärfähigen Alter von 13 bis 49 (in anderen Vorausberechnungen auch von 15 bis 45 Jahren), die innerhalb des betrachteten Gebietes leben. Sie geht von der tatsächlichen Anzahl der jeweils betrachteten Frauen aus, ohne die Jahrgänge auf eine Einheitsgröße zu normieren. Während sich die TFR aus der Summe von 31 bis 37 einzelnen altersspezifischen Raten zusammensetzt, wird für die GFR nur eine einzige Rate errechnet.

- Die Cohort Fertility Rate (CFR) bezieht sich auf alle Geburten für alle Frauen eines bestimmten Geburtsjahrgangs (Kohorte). Die CFR liegt erst dann vollständig vor, wenn die Frauen eines bestimmten Geburtsjahrgangs das Alter von 45 bzw. 49 Jahren erreicht haben, und lässt sich daher nicht aktuell bestimmen. Diese Maßzahl wird nicht durch eine Verschiebung des Geburtsalters verzerrt; sie gibt die tatsächliche durchschnittliche Geburtenzahl je Frau wieder.

- Die Rohe Geburtenrate (CBR) ist ein unspezifisches Geburtenmaß, da sie die Geburten eines Jahres auf die Gesamtbevölkerung (Geburtenzahl je 1.000 Einwohner) bezieht. Sie gibt den realen Geburtenanteil wieder, führt aber z.B. in Orten mit hohem Männer- und/oder Seniorenanteil zu unzutreffenden Eindrücken.

Wie ist die rohe Sterberate definiert?

- Wie bei der rohen Geburtenrate beziehen sich bei der rohen Sterberate alle Sterbefälle eines Jahres auf die Gesamtbevölkerung und sie wird als Anzahl der Sterbefälle je 1.000 Einwohner berechnet. Diese Raten besitzen das Attribut „roh“, weil sie sich auf eine undifferenzierte Gesamtbevölkerung stützen.

Wodurch unterscheiden sich Medianalter und Durchschnittsalter?

- Beide Zahlen dienen zur Bestimmung der Alterung einer Bevölkerung, unterscheiden sich aber in der Regel voneinander. Das Durchschnittsalter gibt das arithmetische Mittel des Alters aller in dem betrachteten Gebiet lebenden Menschen wieder, in dem die Summe aller erreichten Lebensalter durch die Anzahl der Bevölkerung dividiert wird. Es ist besonders „empfindlich“, falls in

den Statistiken zu viele Einwohner im Alter von 90 Jahren und älter enthalten sind. Das Medianalter hingegen teilt eine Bevölkerung in zwei Hälften, wobei 50 Prozent der Bevölkerung jünger sind als das Medianalter und 50 Prozent älter.

Warum wurden in den Bevölkerungsvorausberechnungen die zehn Altersgruppen aus unterschiedlich vielen Altersjahrgängen zusammengestellt?

- Mit den zehn funktionalen Altersgruppen werden spezifische Bevölkerungsgruppen abgebildet, mit spezifischen Bedürfnissen, die differenzierte Maßnahmen nach sich ziehen:

  - 0-2 Jahre Kinder unter 3 Jahre
  - 3-5 Jahre Kindergartenbetreuung
  - 6-9 Jahre Primarstufe
  - 10-15 Jahre Sekundarstufe I
  - 16-18 Jahre Sekundarstufe II
  - 19-24 Jahre Berufliche und Hochschulausbildung
  - 25-44 Jahre: Jüngere potenziell Erwerbstätige
  - 45-64 Jahre Ältere potenziell Erwerbstätige
  - 65-79 Jahre Jüngere Rentner mit geringem Pflegebedarf
  - über 80 Jahre Hochbetagte mit höherem Pflegebedarf

Welche Unterschiede gibt es zu den Annahmen der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes?

- In den Bevölkerungsvorausberechnungen des Wegweisers Kommune (mit Vorausberechnungen für mehr als 3.200 Gebiete) wurde jeweils eine einzige Annahme zur Entwicklung von Fertilität, Sterblichkeit und Wanderungsbewegungen zugrunde gelegt. Das Statistische Bundesamt berücksichtigt in seinen Prognosen drei Annahmen zur Geburtenentwicklung, zwei Annahmen zur Entwicklung der Lebenserwartung und zwei Annahmen zur Entwicklung der Außenwanderungen.

- Die beiden Bevölkerungsvorausberechnungen unterscheiden sich bei den Wanderungsannahmen. In der 12. KBV werden Annahmen zum Wanderungssaldo (also der Differenz von Zu- und Fortzügen) getroffen. Im Berechnungsmodell des Wegweisers Kommune werden die Zu- und Fortzüge getrennt voneinander berechnet, d.h. hier werden keine Annahmen zur Entwicklung des Wanderungssaldos getroffen. Vorgegeben wird die Anzahl der pro Jahr zu erwartenden Zuzüge aus dem Ausland nach Deutschland; alle anderen Wanderungsdaten ergeben sich aus dieser einen Vorgabe und der Verteilung der Wanderungen im Basiszeitraum.

- Unterschiede gibt es bei den Annahmen für die Sterblichkeit im ersten Lebensjahr. Sie liegt nach der Sterbetafel 2007/2009 für Jungen bei 406 von 100.000 und für Mädchen bei 320 von 100.000 lebend Neugeborenen. Nach den Annahmen für die 12. KBV sollen diese Sterblichkeiten bis zum Jahr 2030 deutlich zurückgehen, auf 162 bzw. 128. Ein solches Ergebnis wäre sicherlich sehr wünschenswert, aber es ist ungewiss, ob in so kurzer Zeit eine Reduzierung um ca. 60 Prozent erreicht werden kann. Daher geht diese Studie von einem geringeren Rückgang der Sterblichkeit

im ersten Lebensjahr aus. Das hat zur Folge, dass für das Erreichen desselben Zielwertes für die Lebenserwartung ein Ausgleich durch etwas reduzierte Sterblichkeiten in den höheren Altersjahrgängen erfolgen muss.

Wie lange sind die Vorausberechnungen gültig?

- Bevölkerungsentwicklungen unterliegen Schwankungen, sei es durch einen starken Geburtenanstieg oder eine vermehrte Abwanderung, um nur zwei Beispiele zu nennen. Sie bilden eine Entwicklung ab, die aufgrund von Gegebenheiten zum Zeitpunkt der empirischen Datenbasis vorgeherrscht hat. Je kleinräumiger die Betrachtung durchgeführt wird, umso mehr steigt die Empfindlichkeit an. Zur Darstellung neuerer Entwicklungen sollten Bevölkerungsvorausberechnungen turnusmäßig etwa alle fünf Jahre aktualisiert werden.

Warum können Bevölkerungsvorausberechnungen Aussagen über demographische Entwicklungen treffen, die weit in der Zukunft liegen?

- Es gibt in der demographischen Entwicklung Ereignisse, die mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit eintreten werden. Wenn ein Mensch im Jahr 2009 30 Jahre alt ist, dann ist er im Jahr 2010 31 Jahre und im Jahr 2030 51 Jahre alt, falls er nicht in den nächsten 20 Jahren stirbt (wofür die Wahrscheinlichkeit gering ist, bei Männern ca. 3 Prozent und bei Frauen ca. 2 Prozent). Bei den Wanderungsbewegungen geht einem Zuzug immer ein Fortzug von einem anderen Ort voraus. Es ist anzumerken, dass bei einer kleinräumigen Betrachtung die Zu- und Fortzüge einen viel größeren Einfluss auf die demographische Entwicklung haben als die Geburten und Sterbefälle. Unter diesen Gegebenheiten und einer Betrachtung der Geburten- und Sterbeordnung ist die Demographie in der Lage, relativ genaue Bevölkerungsvorausberechnungen anzufertigen. Grundsätzlich kann die Qualität der Bevölkerungsvorausberechnung immer nur so gut sein wie die Qualität der zugrunde liegenden Datenbasis.

- Die zukünftige Bevölkerungsentwicklung wird in hohem Maße vom aktuellen Altersaufbau einer Bevölkerung vorgegeben („Altersstruktureffekt“). So wurden die Personen, die sich z. B. im Jahr 2030 im Elternalter befinden, fast alle bereits geboren. Da die Zahl der Geburten vom Umfang der Elternjahrgänge mitbestimmt wird (siehe auch: Wodurch unterscheiden sich die verschiedenen Geburtenraten?), lassen sich relativ weit im Voraus Aussagen über zukünftige demographische Entwicklungen treffen.

Welche Unsicherheiten und Risiken gibt es für die Ergebnisse?

- Die Genauigkeit von Bevölkerungsvorausberechnungen hängt von der Qualität der Datenbasis ab. Die amtlichen Daten aus der Bevölkerungsstatistik werden seit der letzten Volkszählung (1981 in der DDR, 1987 in den alten Bundesländern) jährlich fortgeschrieben, aber nicht bereinigt. Das Statistische Bundesamt geht von einer Überschätzung der Bevölkerungszahlen, insbesondere bei den älteren Personen, um ca. 1,3 Mio. Einwohner aus. Möglicherweise werden die Ergebnisse des im Jahr 2011 durchgeführten Zensus hier eine Verbesserung bringen; die Ergebnisse werden voraussichtlich aber erst im Jahr 2013 vorliegen.

- Orte mit Aufnahmeeinrichtungen für Spätaussiedler oder Asylbewerber können sehr hohe Wanderungsbewegungen aufweisen. Kommunen mit einer besonders hohen Zahl von Zu- und Fortzügen dieser Personengruppen in den Basisjahren sind Friedland, Hemer, Schöppingen, Gießen, Trier und Zirndorf.

- Zweitwohnsitzsteuer: weitere Kommunen haben diese im neuen Basiszeitraum eingeführt (insbesondere Universitätsstädte). Durch diese Steuer werden „Zuzüge“, die eigentlich keine sind, statistisch deutlich erhöht. Zum Beispiel in München (30.000 mehr Einwohner): 2006 Einführung mit sprunghaftem Anstieg; 2009 Steuerbefreiung für Jahreseinkommen bis 25.000 € aufgrund eines neuen Landesgesetzes, mit plötzlich starker Absenkung.

- Saisonarbeiter: Bsp. Visbeck im LK Vechta. Ein Drittel der Bevölkerung wandert jährlich zu und wieder ab (insbesondere Erdbeerpflücker aus Polen). Bei gleich bleibender zu- und abwandernder Bevölkerung bleibt die Basis etwa gleich, sodass dies nicht für die Vorausberechnung relevant ist. Sobald Fort- und Zuzüge zu sehr voneinander abweichen, muss manuell eingegriffen werden.

- Die Außenwanderungen, also Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands, hängen stark von temporären Ereignissen ab. So wirken sich politische, ökologische, wirtschaftliche und andere Ereignisse in den Herkunftsländern und in Deutschland erheblich auf die Zahl der Außenwanderungen aus.

- In kleinen Kommunen mit verhältnismäßig wenigen Einwohnern unterliegen die räumlichen und natürlichen Bevölkerungsbewegungen in der Regel größeren jährlichen relativen Schwankungen als in den übergeordneten Regionaleinheiten (also Kreise, Regierungsbezirke, Bundesländer und Deutschland insgesamt).

- Das Geburtenverhalten und die Sterblichkeit zeichnen sich in der jüngeren Vergangenheit durch eine relativ stabile und gleichmäßige Entwicklung aus. Aus der bisherigen Entwicklung lassen sich somit für die Entwicklung des Geburtenverhaltens und der Sterblichkeit eindeutige Trends ableiten. Aber familienpolitische Maßnahmen u. Ä. können auch diese sogenannten natürlichen Bevölkerungsbewegungen erheblich beeinflussen.

Was bedeutet im Zusammenhang mit solchen Berechnungen das „Wenn-dann-Prinzip“?

- Das „Wenn-dann-Prinzip“ unterstellt eine Gesetzmäßigkeit, unter deren Einfluss auf ein bestimmtes Ereignis auf jeden Fall ein vordefiniertes (abhängiges) Ereignis stattfindet. Gerade bei Spezialfällen können unerwartete Gegebenheiten den „normalen“ Ablauf stören und ungewöhnliche Entwicklungen verursachen.

- Bei Bevölkerungsvorausberechnungen werden anhand von vorliegenden empirischen Daten Annahmen über die vorliegenden Begebenheiten formuliert, mit denen in Zukunft gerechnet werden kann, unter der Bedingung, dass keine Gegenmaßnahmen getroffen werden.

- Des Weiteren kann das eintreffende Ereignis verschiedene Ausprägungen haben. Wenn ein Mensch 2009 30 Jahre alt ist, dann ist er 2010 sehr wahrscheinlich 31 Jahre alt. Aber er muss nicht zwangsläufig in der Statistik auftauchen. Das kann verschieden begründet sein. Er kann weggezogen sein oder er ist verstorben.

Wie entstand die Annahme für die jährlichen Zuzüge nach Deutschland?

- Die Annahme über die jährlichen Zuzüge nach Deutschland aus dem Ausland wurde anhand von empirischen Zuzugsdaten des Statistischen Bundesamtes getroffen. Diese Daten unterliegen wellenförmigen Schwankungen; in den Jahren nach 2001 gingen die Zuzüge kontinuierlich bis zum Jahr 2006 auf 662.000 zurück. Bis zum Jahr 2009 stiegen sie wieder auf 721.000. Im Jahr 2010 gab es 798.000 Zuzüge nach Deutschland, wie mittlerweile bekannt ist. Für die Vorausberechnungen wurde für die nächsten Jahre ein schrittweiser Rückgang der jährlichen Zuwanderung aus dem Ausland von 800.000 Zuzügen im Jahr 2010 auf 705.000 Zuzüge im Jahr 2030 angenommen.

Welche Annahmen wurden für die Fortzüge aus den einzelnen Gebieten getroffen?

- Für die Fortzüge wurden wie für die Zuzüge Annahmen getroffen. Im Gegensatz zu den Zuzügen wurde bei den Fortzügen keine Anzahl der jährlich erwarteten Wanderungsbewegungen vorgegeben. Die Fortzüge werden über sogenannte alters- und geschlechtsspezifische Fortzugsquoten berechnet. Das bedeutet, dass für die Bevölkerung, differenziert nach Alter und Geschlecht, die Wahrscheinlichkeit für einen Fortzug bestimmt wurde. Diese Fortzugsquoten wurden auf Grundlage der empirischen Daten für jede Regionaleinheit (Gemeinde, Kreis, Bundesland, …) ermittelt. Aufgrund dieser Methodik kann die Zahl der Fortzüge nie größer sein als die Zahl der Wohnbevölkerung in der entsprechenden Kommune. Die Fortzugsquoten bilden somit das Fortzugsverhalten in den fünf Basisjahren (arithmetisches Mittel der Jahre 2005 bis 2009) ab. Als Annahme wird von einer Konstanz der Fortzugsquoten ausgegangen.

Welcher Außenwanderungssaldo wurde für die Bevölkerungsvorausberechnung zugrunde gelegt?

- In den Vorausberechnungen des Wegweisers Kommune wird in den Annahmen kein Wanderungssaldo zugrunde gelegt. Die Zu- und Fortzüge werden voneinander getrennt simuliert. Im Ergebnis nimmt der Außenwanderungssaldo für Deutschland von gut 138.000 im Jahr 2010 auf rund 130.000 im Jahr 2030 zu.

Kann man den Vorausberechnungen für ein Gebiet entnehmen, wohin die Fortzüge gehen oder woher die Zuzüge kommen?

- Nein. Eine Wanderungsmatrix, die das wiedergeben würde, hätte für die rund 3.300 betrachteten Regionaleinheiten über 2 Mrd. Felder und wäre nicht mehr überschaubar. Außerdem steht das entsprechende Datenmaterial nicht zur Verfügung. Eine unterstellte Zuverlässigkeit der Werte wäre nicht seriös. Wanderungen zwischen wenigen Gebietseinheiten könnten jedoch in einer Matrix sehr gut dargestellt werden.

Wodurch unterscheidet sich die „Nullvariante“ von der Standardberechnung?

- Die Nullvariante berechnet die Bevölkerungsentwicklung, im Gegensatz zu der Standardberechnung, nur anhand der natürlichen Bevölkerungskomponenten, also ohne Wanderungsbewegungen. Alle Zu- und Fortzüge wurden für diese rein theoretische Berechnung auf „0“ gesetzt. Dabei ist zu beachten, dass auch Sekundäreffekte auftreten: Junge Menschen, die in dieser Variante nicht zuziehen, können in dem betrachteten Gebiet auch nicht zu Eltern werden. Beim Vergleich mit der Standardvariante wird deutlich, welch enormen Einfluss die Wanderungen auf die Bevölkerungsentwicklung haben.

Kann die Veröffentlichung einer solchen Vorausberechnung die Gültigkeit ihrer Ergebnisse beeinflussen („selbstzerstörende Bevölkerungsvorausberechnung“)?

- Lokalpolitische Akteure könnten aufgrund der vorliegenden Bevölkerungsvorausberechnungen auf die demographische Entwicklung in ihrer Kommune aufmerksam gemacht werden. Die in den Vorausberechnungen dargestellte Entwicklung könnte die lokalen Akteure dazu veranlassen Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um auf die demographische Entwicklung möglichst günstig einzuwirken. Es ist also durchaus möglich, dass die Bevölkerungsvorausberechnung die Gültigkeit ihrer Ergebnisse beeinflusst.
- Es ist anzumerken, dass in den Vorausberechnungen Wert auf die Fortschreibung von aktuellen Entwicklungstrends gelegt wurde. Sie können auch durch die Änderung politischer Rahmenbedingungen erheblich beeinflusst werden, z.B. durch die Einführung von Zweitwohnsitzsteuern oder durch Gesetzesänderungen für die Regelung der Zuwanderungen.

Welche Annahmen wurden für die Sterblichkeit im ersten Lebensjahr getroffen?

- (siehe: Welche Unterschiede gibt es zu den Annahmen der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes? Download: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/EN/Content/Statistics/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/Content75/VariantenListe,templateId=renderPrint.psml).

2. Basisdaten

Aus welchen Quellen stammen die Daten der Basisjahre?

- Die Daten der Basisjahre wurden bei den Statistischen Landesämtern angefordert.

Auf welchen Basisjahren (Stützzeitraum) beruhen die Berechnungen?

- Auf den Bestandsdaten der Jahre 2004 bis 2009 (jeweils zum 31.12.) und den Bevölkerungsbewegungen der Jahre 2005 bzw. 2006 bis 2009.
- Geburten (2006-2009)
- Sterbefälle (2006-2009), ab 49.000 Fälle eigene Sterbetafeln
- Zuzüge (2006-2009)
- Fortzüge (2005-2009), wegen Einführung der Steuer-ID im Jahr 2008/2009 ein Jahr mehr als für die anderen Bewegungsdaten

Warum sind die Basisdaten nicht aktueller?

- Die Basisdaten sind aufgrund ihrer tiefen regionalen Gliederung und ihrer Differenzierung nach den Merkmalen Alter und Geschlecht sehr umfangreich. Die Aufbereitung, Überprüfung und Bereitstellung dieser Daten durch die Statistischen Landesämter erfordert einige Zeit. Darüber hinaus sind für die Erstellung einer kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung für alle Kommunen mit mindestens 5.000 Einwohnern mehrere Monate einzuplanen.

Wie wurden die Basisdaten aufbereitet?

- Die Daten wurden von den Statistischen Landesämtern dem Berechnungsteam im gewünschten Format zur Verfügung gestellt.

- Darüber hinaus konnten von den verschiedenen Statistischen Landesämtern die Daten unterschiedlich für die über 85-Jährigen, die über 90-Jährigen oder die über 95-Jährigen (siehe auch: Das Statistische Bundesamt hat gemeldet, dass in der amtlichen Statistik ca. 1,3 Mio. Einwohner zu viel enthalten sind; wie wirkt sich das auf diese Vorausberechnung aus?) nicht nach einzelnen Altersjahren ausgewiesen werden. Für diese Altersjahre wurden Altersprofile aus den Daten aus der Human Mortality Database (http://www.mortality.org/) und aus anderen Forschungsprojekten des Berechnungsteams ausgewertet und als Altersprofile übertragen.

- Die Gebietsstände werden jährlich bundesweit aktualisiert. Alle Daten im Wegweiser Kommune sind aktuell auf dem Gebietsstand 30.9.2011.

- Kommunen mit sogenannten Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und Spätaussiedler weisen häufig besonders hohe Zu- und Fortzüge auf. In den Kommunen Friedland, Hemer, Schöppingen, Gießen, Trier und Zirndorf weisen die umfangreichen Wanderungsbewegungen in und aus den Aufnahmeeinrichtungen starke Schwankungen auf, sodass hier bei den Zu- und Fortzügen nur ein Teil der Basisjahre verwendet wurde.

- Zweitwohnsitzsteuer: weitere Kommunen haben diese im neuen Basiszeitraum eingeführt (insbesondere Universitätsstädte). Durch diese Steuer werden „Zuzüge“, die eigentlich keine sind, statistisch deutlich erhöht. Zum Beispiel in München (ca. 30.000 mehr Zuzüge): 2006 Einführung mit sprunghaftem Anstieg; 2009 Steuerbefreiung für Jahreseinkommen bis 25.000 € aufgrund eines neuen Landesgesetzes, mit plötzlichem Anstieg der Fortzüge um ca. 10.000.

- In den folgenden Städten wurden nicht alle Basisjahre für die Wanderungsannahmen verwendet: Köln, Tübingen und München.

- Saisonarbeiter: Bsp. LK Vechta./ Visbeck: Ein Drittel der Bevölkerung wandert jährlich zu und wieder ab (insbesondere Erdbeerpflücker aus Polen). Bei gleich bleibender zu- und abwandernder Bevölkerung bleibt die Basis etwa gleich, sodass dies nicht für die Prognose relevant ist. Sobald Fort- und Zuzüge zu sehr voneinander abweichen, muss manuell eingegriffen werden. Dies geschah in Goldenstedt, Visbek und Cappeln.

Wie zuverlässig sind die Basisdaten?

- Im Laufe der Berechnungen ergaben sich an einigen Stellen Korrekturbedarfe in den gelieferten Basisdaten. In einem Ort wurden früher alle Schüler einer Ausbildungseinrichtung der Bundeswehr mit Hauptwohnsitz angemeldet, aber es erfolgten nach Abschluss der Ausbildung häufig keine Abmeldungen, sodass dort jetzt ein hoher statistischer Männerüberschuss für einige Altersjahrgänge besteht und sich durch die Bevölkerungspyramide bewegt. Es bleibt zu hoffen, dass nach dem für 2011 geplanten registergestützten Zensus einige Ungereimtheiten beseitigt werden können.

- Ein größeres statistisches Problem stellen die in zahlreichen Universitätsstädten in den letzten Jahren eingeführten Zweitwohnsitzsteuern dar. Sie führen dazu, dass viele Studentinnen und Studenten ihren Hauptwohnsitz vom Familienwohnsitz zum Sitz der Hochschule ummelden. Faktisch ändert sich an den bisher üblichen Aufenthaltsdauern nichts, aber statistisch führt das in den betreffenden Städten zu einem punktuellen großen Einwohnerzuwachs vor allem von Menschen zwischen 18 und 27 Jahren. Dadurch werden die Statistiken und Indikatoren verfälscht.

Was ist mit Nebenwohnsitz-Einwohnern?

- In der Vorausberechnung wird lediglich die Bevölkerung mit Hauptwohnsitz berücksichtigt. Nebenwohnsitz-Einwohner werden in der Gemeinde, in der sie mit Erstwohnsitz gemeldet sind, erfasst. Jeder Einwohner darf nur einmal gezählt werden.

Wie wurde die sogenannte zusammengefasste Geburtenziffer ermittelt?

- Zunächst sind die durchschnittlichen altersspezifischen Geburtenraten (Age Specific Fertility Rate bzw. ASFR)) anhand der empirischen absoluten Geburtenzahlen für den Betrachtungszeitraum von 2006 bis 2009 für alle Gebiete berechnet worden. Die sogenannte zusammengefasste Geburtenziffer (TFR) ergibt sich dann aus der Summe der ASFR. Falls (in kleinen Orten) nicht mindestens 800 Geburten in den vier Jahren des Basiszeitraums auftraten, wurde zwar die Ge-

burtenhäufigkeit dieses Ortes übernommen, aber das Profil für die Altersverteilung der Geburten linear vom dazugehörigen Landkreis übertragen.

Wie wurde der Anteil der Jungen an den Geburten ermittelt?

- Aus der Verteilung der Jungen- und Mädchengeburten in den Basisjahren ergibt sich ein empirischer Wert für den Jungenanteil an den Geburten. Gerade in kleineren Gemeinden unterliegt dieser Anteil aber starken Schwankungen. Daher wurde in einem Intervall, das 90 Prozent aller Geburten umfasst, keine Veränderung vorgenommen. Lag der empirische Jungenanteil in einem Gebiet über dem sich dabei ergebenden Maximalwert oder unter dem Minimalwert, so wurde dieser genommen. Dadurch ergab sich ein „Korridor“ von 48,3 bis 54,3 Prozent.

Wie wurden die Fortzugsquoten berechnet?

- Die Daten über die Fortzüge wurden von den Statistischen Landesämtern nach Geschlecht und einzelnen Altersjahren differenziert ausgewiesen. Die Fortzugsquoten wurden durch Bezug der Fortzüge im Alter x auf die Bevölkerung des jeweiligen Gebiets im entsprechenden Alter bezogen. Daraus ergibt sich der Anteil derjenigen, die während eines Jahres fortgezogen sind.

Wie wurden die Zuzugsanteile berechnet?

- Die Anzahlen der Zuzüge nach Geschlecht und Alter (110 Altersjahre) werden von den Statistischen Landesämtern differenziert ausgewiesen. Die Anteile der Zuzüge in einem Altersjahr wurden auf die Zuzüge insgesamt (jeweils für Frauen und Männer) in das jeweils betrachtete Gebiet bezogen. Die Summe der Zuzugsanteile für die 110 Altersjahre ergibt somit 1.

Für welche räumlichen Einheiten wurden die Sterbetafeln ermittelt?

- Für die Vorausberechnungen wurden jeweils die selbst berechneten Sterbetafeln des jeweiligen Bundeslandes bzw. Regierungsbezirks zugrunde gelegt. Für räumliche Einheiten mit 49.000 und mehr Sterbefällen innerhalb der vier Kalenderjahre des Basiszeitraums wurde eine eigene Sterbetafel berechnet. Das führte dazu, dass für 15 der 16 Bundesländer und für viele Regierungsbezirke eigene Sterbetafeln entstanden. Andernfalls wurde auf die Sterbetafel der nächsthöheren Ebene zurückgegriffen, z.B. für den Stadtstaat Bremen auf die Ebene des Bundes.

Das Statistische Bundesamt hat gemeldet, dass in der amtlichen Statistik ca. 1,3 Mio. Einwohner zu viel enthalten sind; wie wirkt sich das auf diese Vorausberechnung aus?

- Die gemeldeten Ungenauigkeiten beziehen sich vor allem auf die über 90-jährige Bevölkerung. Insofern können sich auch in der Vorausberechnung Verzerrungen in den höheren Altersgruppen ergeben. Die letzten Volkszählungen (1987 in der Bundesrepublik, 1981 in der DDR) liegen bereits mehr als 20 Jahre zurück, und bei der Fortschreibung kommt es immer zu Ungenauigkeiten. Die Überzeichnung der höheren Altersgruppen kann sich auf die Lebenserwartung auswirken, die hier zu hoch angesetzt sein kann, sowie auf alle anderen Indikatoren dieser Altersgruppe. Da aber eine Vorausberechnung immer nur so genau sein kann wie ihre Datenbasis, gibt es für dieses Problem zunächst keine Lösung (siehe auch: Wie zuverlässig sind die Aussagen über die 90-Jährigen und Älteren?). Es bleibt zu hoffen, dass durch die Ergebnisse des im Jahr 2011

durchgeführten registergestützten Zensus die Genauigkeit der Bevölkerungsstatistik zunimmt; dies wird sich jedoch frühestens ab dem Jahr 2013 auswirken.

3. Interpretation der Ergebnisse

Woher kommen die Schwankungen in den Schülerzahlen und bei den Menschen im „Ausbildungsalter“ in den Ost-Bundesländern?

- Die Schülerzahlen in den neuen Bundesländern befanden sich aufgrund von Wanderungsverlusten und des besonders ausgeprägten Geburtenrückgangs zur Zeit der Wende – die TFR ging in einigen Kommunen kurzfristig auf Werte von bis zu 0,6 zurück – schon auf einem sehr niedrigen Niveau. Der „Einbruch“ bei den Geburtenzahlen hat sich durch einen moderaten Anstieg der Geburtenhäufigkeit nach einigen Jahren erholt. Die Geburtenzahl in den neuen Bundesländern verbleibt also nicht auf einem gleich bleibenden Niveau, sie weist starke Schwankungen auf. Dieser wellenförmige Verlauf mit den Geburten zeigt sich mit zeitlicher Verzögerung auch bei den Schülerzahlen und bei den jungen Menschen im 3. Lebensjahrzehnt.

Wie erklären sich die Unterschiede zu anderen Vorausberechnungen?

- Abweichungen zwischen einzelnen Bevölkerungsvorausberechnungen sind auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Der Basiszeitraum in den verschiedenen Vorausberechnungen unterscheidet sich in der Regel. Das bedeutet, dass unterschiedliche Trends in die Annahmen einfließen, die zu spezifischen Ergebnissen bei den Vorausberechnungen führen. Unterschiedliche Ergebnisse können auch durch die Methodik (etwa durch die Simulation der Wanderungen über den Saldo, oder die getrennte Berechnung von Zu- und Fortzügen) bedingt sein. Darüber hinaus sind die gleichen Annahmen nicht zwangsläufig identisch: So kann sich ein Wanderungssaldo von +50.000 beispielsweise aus 700.000 Zu- und 650.000 Fortzügen, oder aus 600.000 Zu- und 550.000 Fortzügen berechnen. Auch eine durchschnittliche Lebenserwartung von z.B. 77 Jahren kann sich aus unterschiedlichen altersspezifischen Sterbe- und Überlebenswahrscheinlichkeiten zusammensetzen. (Siehe auch: Welche Unterschiede gibt es zu den Annahmen der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes? sowie: Wie erklären sich die Unterschiede in den Ergebnissen zu den beiden bisherigen Vorausberechnungen des Wegweisers Kommune bis 2020 bzw. 2025?)

Wie zuverlässig sind die Aussagen über die 90-Jährigen und älteren?

- Die Daten für die 90-jährige und ältere Bevölkerung werden von den Statistischen Landesämtern nicht nach einzelnen Altersjahren ausgewiesen. Die Bevölkerung der über 90-Jährigen wird voraussichtlich überschätzt, da eine Bereinigung der Daten seit der letzten Volkszählung nicht mehr stattgefunden hat (1981 in der DDR, 1987 in den alten Bundesländern) (siehe auch: Das Statistische Bundesamt hat gemeldet, dass in der amtlichen Statistik ca. 1,3 Mio. Einwohner zu viel enthalten sind; wie wirkt sich das auf diese Vorausberechnung aus? Sowie: Welche Unsicherheiten und Risiken gibt es für die Ergebnisse?). Daher sind in allen Bevölkerungsstatistiken und Vorausberechnungen die Angaben für die Bevölkerung ab 90 Jahren nur mit Vorsicht zu verwenden.

Warum wächst die Bevölkerung Bayerns?

- Das Bundesland Bayern erzielt unter den Flächenstaaten mit 0,8 Prozent den bundesweit höchsten Bevölkerungszuwachs. Dieses Bevölkerungswachstum ist wesentlich auf einen positiven Wanderungssaldo zurückzuführen. Insbesondere Bayern profitiert von deutlichen Wanderungsüberschüssen gegenüber anderen Bundesländern. Eine große Rolle spielen dabei die Großstädte und deren Umland. Darüber hinaus wirkt sich ein relativ junger Altersaufbau (Medianalter) günstig auf die demographische Entwicklung aus. Der Anteil der Elternjahrgänge an der Gesamtbevölkerung ist hier höher als in den anderen Bundesländern, mit Ausnahme der Stadtstaaten. Trotz einer durchschnittlichen TFR ist die Anzahl der Geburten bezogen auf die Einwohnerzahl (rohe Geburtenrate) verhältnismäßig hoch.

Warum haben die Stadtstaaten eine günstigere Entwicklung als die Flächenländer?

- Die Stadtstaaten weisen wie zahlreiche andere Großstädte einen ausgeprägten Zuzug von Menschen im jungen Erwachsenenalter auf. Diese Zuzüge sind auf spezifische (Aus-) Bildungsmöglichkeiten in diesen Regionaleinheiten zurückzuführen. Auch das Angebot an Arbeitsplätzen ist in Großstädten in der Regel verhältnismäßig hoch. Alle Stadtstaaten und das Umland profitieren vom Zuzug jüngerer Menschen. Die Wanderungsüberschüsse bei den jungen Erwachsenen überwiegen den durch die relativ niedrige TFR beeinflussten „natürlichen Saldo“.

Warum schneiden die großen Städte besser ab als die ländlichen Räume?

- Die Ballungsgebiete und größeren Städte bieten eine höhere Attraktivität für die Wirtschaft, bessere Verkehrsanbindungen und mehr kulturelle Angebote. Das schafft Arbeitsplätze, die als Anziehungsfaktoren (sogenannte Pull-Faktoren) für Arbeitsmigration dienen. Diese Arbeitskräfte werden in der Regel aus den eher strukturschwachen ländlichen Gebieten abgezogen. Diese leiden weiter unter einem starken Bevölkerungsschwund, während die Ballungsgebiete davon profitieren. Statistisch wird diese „Urbanisierung“ noch durch die Einführung von Zweitwohnsitzsteuern verstärkt, da besonders Studenten deshalb ihren Hauptwohnsitz ummelden.

Warum hat sich der vorausberechnete Bevölkerungsrückgang in den Ost-Bundesländern gegenüber der ersten Vorausberechnung bis 2020 des Wegweisers Kommune verstärkt?

- In den nächsten Jahren kommen die „Nach-Wende-Kinder“ der Geburtsjahrgänge aus der ersten Hälfte der 1990er Jahre in die Elternjahrgänge (mit dem Kernbereich zwischen 23 und 36 Jahren, in dem die altersspezifische Fertilitätsrate deutschlandweit jeweils bei 0,05 oder mehr liegt). Hierbei handelt es sich um zahlenmäßig sehr schwache Jahrgänge. Durch diesen Basiseffekt wird es eine Generation später wiederum sehr geringe Geburtenzahlen geben, auch wenn die Geburtenhäufigkeit je Frau wieder gestiegen ist. Außerdem haben sich die Wanderungen für einige Regionen in den östlichen Bundesländern weiterhin sehr ungünstig entwickelt. In einigen Metropolen und deren Umland (z.B. die drei sächsischen Zentren und Berlin/Potsdam) gibt es allerdings aufgrund von zahlreichen Zuzügen sehr günstige Entwicklungen.

Welche Auswirkungen hat die Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer?

- Die Einführung der Zweitwohnsitzsteuer zieht einen scheinbaren Bevölkerungszuwachs nach sich, der sich de facto nur in den statistischen Zahlen widerspiegelt, aber nicht eine reale Zuwanderung mit sich bringt. Allerdings bedeutet eine höhere Einwohnerzahl, die anhand der mit Erstwohnsitz gemeldeten Bevölkerung gemessen wird, auch höhere Pro-Kopf-Schlüsselzuweisungen durch das Bundesland und somit einen finanziellen Vorteil.

- Eine Einführung der Zweitwohnsitzsteuer zum Ende des Basiszeitraums (also dem Stützzeitraum für die Bevölkerungsvorausberechnungen) hat zur Folge, dass die Geburten in den Vorausberechnungen überzeichnet werden. Denn der nun zusätzlich mit Erstwohnsitz gemeldete Teil der Bevölkerung war – statistisch betrachtet – vor Einführung dieser Steuer nicht in den Bevölkerungsdaten enthalten. Er wird erfahrungsgemäß nur relativ wenig zur Erhöhung der Kinderzahl beitragen, sodass sich die Zahl der Geburten nur wenig verändert. Für die TFR im Basiszeitraum wurde somit ein höherer Wert ermittelt, als wenn die komplette Bevölkerung zu Beginn des Stützraums dort mit Erstwohnsitz gemeldet gewesen wäre.

Welche Auswirkungen haben Flüchtlingsaufnahmeeinrichtungen oder deren Auflösung?

- Bei Städten mit Flüchtlingsaufnahmeeinrichtungen zeigt sich eine starke Verzerrung der Bevölkerungszuwanderung. Flüchtlingsaufnahmeeinrichtungen dienen als Ort der Umverteilung. Somit sind die Bevölkerungszuwächse nur temporär und nicht als langfristiger Bevölkerungsgewinn zu sehen.

Wie sind die demographischen Perspektiven der Ost-Bundesländer und des Saarlandes?

- Die neuen Bundesländer weisen mit Ausnahme von Brandenburg voraussichtlich deutliche Bevölkerungsrückgänge im zweistelligen Prozentbereich auf. Das Saarland verzeichnet unter den alten Bundesländern mit einem Rückgang der Einwohnerzahl um 11,5 Prozent den höchsten Rückgang.

In meiner Kommune wurden eigene Vorausberechnungen erstellt, die zu wesentlich günstigeren Ergebnissen kommen, weil mehrere geplante Neubaugebiete berücksichtigt worden sind; was ist davon zu halten?

- In den Kommunen finden oftmals nur lokale Vorausberechnungen statt, die das regionale Umfeld nicht berücksichtigen. So gehen die Kommunen bei der Berücksichtigung geplanter Neubaugebiete häufig von einem Wanderungsgewinn durch Zuzüge in diese Gebiete aus. Diese Wanderungsgewinne müssen nicht zwangsläufig auftreten. Es kann auch zu einer strukturellen Umverteilung innerhalb des Stadtgebiets kommen, bei der sich die Bevölkerungszahl der Kommune nicht verändert. Hier steigt lediglich die Zahl der Wohnungsleerstände an. Ungeklärt bleibt bei den Berechnungen auch, wo die Zuzüge herkommen sollen; denn nur wer woanders fortzieht, kann zum selben Zeitpunkt an einem neuen Wohnort zuziehen. Genau so können auch Neubaugebiete in Nachbargemeinden zu Fortzügen in der betrachteten Gemeinde führen, ohne dass dies berücksichtigt wird. Insgesamt scheint die Relevanz von Neubaugebieten auf demographische Entwicklungen oft überschätzt zu werden.

In den Pressemitteilungen des Statistischen Bundesamtes heißt es im Sommer 2011 „2010: Mehr Geburten, Sterbefälle und Eheschließungen“ und „Durchschnittliche Kinderzahl je Frau steigt 2010 auf 1,39“ (s. Pressemitteilung Nr. 228 und Nr. 301); ist das in den vorliegenden Vorausberechnungen berücksichtigt?

- Die Datenbasis für die Bevölkerungsvorausberechnung bezieht sich auf den empirischen Zeitraum von 2004 bis 2009 (für die Geburten 2006-2009); somit ist das Geburtenniveau aus dem Jahr 2010 noch nicht berücksichtigt. Zudem sind die Entwicklungen der Geburten des Jahres 2010 nicht herausragend. Die Geburtenziffer erreicht einen ähnlichen Stand wie im Jahr 2008 (1,38) und ist nur ein wenig höher als im Jahr 2009 (1,36). Da die Empirie im Basiszeitraum und auch für das Jahr 2008 relativ konstante Geburtenziffern vorgab, wurde mit dem arithmetischen Mittel der Jahre gerechnet und nicht mit einer Erhöhung um 3 Prozent, wie bei der letzten Vorausberechnung.

Wie erklären sich die Unterschiede in den Ergebnissen zu den beiden bisherigen Vorausberechnungen des Wegweisers Kommune bis 2020 bzw. bis 2025?

- Methodik: Die Unterschiede resultieren aus einer modifizierten methodischen Herangehensweise. Die Bevölkerungsdaten wurden in der zweiten Auflage des Wegweisers erstmalig nach Einzelaltersjahren berücksichtigt. Ein weiterer wesentlicher Unterschied ist in der Simulation der Wanderungen zu sehen. Die Zuzüge wurden über altersspezifische Zuzugsraten und die Fortzüge über altersspezifische Fortzugsquoten berechnet (siehe auch: Wie entstand die Annahme für die jährlichen Zuzüge nach Deutschland? sowie: Welcher Außenwanderungssaldo wurde für die Bevölkerungsvorausberechnung zugrunde gelegt?). Die für die Fortschreibung der Bevölkerung relevanten Indikatoren wurden sehr spezifisch für die einzelnen Gebietseinheiten berechnet.

- Annahmen: Die Annahmen unterscheiden sich insbesondere bei den Wanderungen. Für die Vorausberechnungen 2025 und 2030 wurden keine Wanderungssalden vorgegeben (siehe auch: Welcher Außenwanderungssaldo wurde für die Bevölkerungsvorausberechnung zugrunde gelegt?).

- Zeithorizonte: In der Auflage des Wegweisers bis 2025 bezieht sich die Datenbasis auf den Zeitraum von 2003 bis 2006, sodass aktuellere Trends in den Annahmen berücksichtigt werden können. Der Berechnungshorizont reichte bis zum Jahr 2025, während in der ersten Ausgabe bis zum Jahr 2020 gerechnet wurde. Nun wurde mit aktuellen Basisdaten aus den Kalenderjahren 2004 bis 2009 gerechnet, mit einem Zeithorizont bis 2030.

Was kann der ländliche Raum gegen den starken Bevölkerungsschwund unternehmen?

- Die konkrete Beantwortung dieser Frage geht über das Fachgebiet der Demographie hinaus. Daher kann hier nur ein allgemeiner Hinweis für die im ländlichen Raum anstehenden Aufgaben erfolgen: Erkennen der entscheidenden Faktoren für die demographische Entwicklung in der jeweiligen Kommune bzw. im Landkreis und Erstellen einer Strategie, welche dieser Faktoren auf welche Weise und unter wessen Beteiligung beeinflusst werden sollen! In vielen Fällen wird dabei die Bildungsmigration aus dem ländlichen Raum in Hochschul- und Wirtschaftszentren eine

große Rolle spielen; ihr lässt sich teilweise durch eigene Bildungsangebote und/oder günstige Nahverkehrsverbindungen und/oder Änderung des Melderechts begegnen.